

### Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/052(IV)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag,  05.05.2009	Beimszimmer	16:30Uhr	19:45Uhr

#### Tagesordnung:

##### Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 30.03.2009
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
  - 5.1 Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2008 I0060/09
  - 5.2 Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen stärker als neue Leistungsform nutzen I0072/09
  - 5.3 Fördermittel zur Umsetzung einer neuen sozialen Unternehmensform A0048/09
  - 5.4 Wege in die Stadt (vorbehaltlich der Genehmigung der Stellungnahme durch den OB, siehe TOP 5.5) A0059/09
  - 5.5 Wege in die Stadt - S0115/09 (vorbehaltlich der Genehmigung des OB)
  - 5.6 Weiterentwicklung des Ausländerbeirates zum Integrationsbeirat - DS0067/09 (vorbehaltlich der Genehmigung des OB)
- 6 Verschiedenes

- 6.1 Information durch das Dezernat V, wie die Strukturen zur zukünftigen Arbeit für Integration und Migration in der LH MD geregelt sind.

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Huhn, Dagmar

**Mitglieder des Gremiums**

Reichel, Gerhard Dr.

Schob, Sigrid

Veil, Thomas

**Sachkundige Einwohner/innen**

Fund, Claudia

**Geschäftsführung**

Beier, Editha

Ponitka, Heike

Uhlemann, Yvonne

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Heendorf, Michael

Hildebrand, Jürgen Dr.

Paqué, Sabine

**Sachkundige Einwohner/innen**

Bühnemann, Bärbel

Hausmann, Christian

---

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Frau Huhn begrüßt alle Anwesenden und Gäste, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird ungeändert bestätigt.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 30.03.2009

---

Die Niederschrift der Ausschusssitzung vom 30.03.2009 wird ungeändert bestätigt.

Abstimmung: 4 / 0 / 0

### 4. Öffentliche Sprechstunde

---

Die öffentliche Sprechstunde wird nicht genutzt.

### 5. Beschlussvorlagen

---

#### 5.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2008

I0060/09

Zu diesem TOP ist Herr Pischner erschienen. Er bringt die Information kurz ein:

- Dies ist nun der 11. Bericht in Folge.
- Die Ratifizierung der UN-Konvention wird die Situation der Menschen mit Behinderung langfristig verbessern.
- Bei der integrativen Bildung sind leichte Fortschritte (Verbesserungen) zu verzeichnen.
- Zurzeit befinden sich ca. 245 Kinder in integrativen Einrichtungen.
- 62 % haben einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz.
- 54 % der Behinderten sind weiblich.
- Probleme gibt es nach wie vor bei der Betreuung von arbeitslosen Menschen mit Behinderung und damit verbunden die zunehmende Armut der Menschen.
- Die Betreuung der Menschen mit Behinderung bei der ARGE Magdeburg ist nach wie vor ein großes Problem.
- In Halle gibt es zwischenzeitlich ein Team für Menschen mit Behinderung bestehend aus einer Teamleiterin und 15 MitarbeiterInnen für die Beratung und ein Team ebenfalls mit einer Teamleiterin und 15 MitarbeiterInnen für die Leistungsberechnung.
- In Magdeburg gibt es 4 MitarbeiterInnen als AnsprechpartnerInnen für die BeraterInnen der ARGE, wenn diese Hilfe bei der Beratung von Menschen mit Behinderungen benötigen. Ein Beratungsteam wie in Halle gibt es nicht.
- Die beiden Werkstätten laufen gut. Hier gibt es bereits 600 TeilnehmerInnen.
- Der Aufzug der VHS wird demnächst fertig. Somit ist die Barrierefreiheit hier dann auch gegeben.
- Bei der MVB gibt es nach wie vor Probleme. Der menschliche Faktor erweist sich hier als schwierig. Viele MitarbeiterInnen sind nicht bereit, die Rampen für die RollstuhlfahrerInnen anzulegen.
- Es kommen zunehmend Menschen in die Beratung des Behindertenbeauftragten, die mit ihrer Behinderung gut klar kommen, nicht aber finanziell!
- Für Verwirrung sorgt auch immer noch das Persönliche Budget. Viele sind noch nicht genügend informiert, worum es geht, wer es beantragen kann und wofür.
- Auch die Öffentlichkeitsarbeit für die Behindertenarbeit gestaltet sich immer noch schwierig. Die Presse ist schwer zu gewinnen für diese Thematik.

- Es werden bessere und vernetzte Serviceangebote für Behinderte beider Geschlechter benötigt, z. B. integrative Bürgerzentren.

Herr Veil macht darauf aufmerksam, dass in Baden-Württemberg zum Beispiel in Zukunft nur noch integrative Beschulung stattfinden wird.

Herr Pischner fügt hinzu, dass auch Studien belegen, dass Kinder die nicht integrativ beschult werden, oft zurück bleiben in ihrer Entwicklung und Bildung. Die Studien besagen, dass eine integrative Beschulung besser ist, aber es müssen vor Ort Sonderpädagogen zur Förderung der Kinder zur Verfügung stehen. Auch für nicht behinderte Kinder ist der Umgang mit Menschen mit Behinderung sinnvoll. Es sensibilisiert.

Frau Huhn stellt die Frage in den Raum, was für die Kommune umsetzbar ist, z. B. Servicezentren. Auch die MitarbeiterInnen der MVB sollten sensibilisiert werden. Hier könnte man sich an den Aufsichtsrat der MVB wenden.

Die ARGE, der Integrationsfachdienst und die Reha-Einrichtungen sollten verpflichtet werden, zukünftig zusammen zu arbeiten.

Frau Beier sagt, dass in dem Jahresbericht des Behindertenbeauftragten die weiblichen Aspekte fehlen. Der Artikel 6 der UN-Konvention (Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen) richtet sich besonders an die Bedürfnisse von Mädchen und Frauen mit Behinderung. Hier besteht nun eine rechtliche Verpflichtung zu handeln, da Deutschland die UN-Konvention ratifiziert hat.

Bisher gab es die Beratungs- und Koordinierungsstelle für Mädchen und Frauen mit Behinderung beim PARITÄTISCHEN. Ansprechpartnerin hier war Frau Haberland. Leider fällt diese Stelle zukünftig weg, weil diese Stelle nicht mehr gefördert wird. Bisher wurde sie von der Aktion Mensch gefördert. Eine weitere Förderung einer solchen Beratungs- und Koordinierungsstelle sollte geprüft werden.

Die Behindertenbeauftragte des Bundes lud am 09.03.2009 zur Fachtagung rund um das Thema „Politik für Frauen mit Behinderungen“ nach Frankfurt ein.

Schwerpunkte dieser Fachtagung waren:

- Gewalt gegen behinderte Frauen
- Diskriminierung bei der Gesundheitsversorgung
- selbstbestimmte Mutterschaft
- Erwerbsarbeit von Frauen mit Behinderungen

Frau K. Evers-Meyer zog nach der Veranstaltung ein Fazit:

„Eine zentrale Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention ist, dass Fälle von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch gegenüber Frauen und Mädchen mit Behinderungen erkannt, untersucht und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgt werden. Vor allem der Schutz gegen Gewalt hat hier oberste Priorität. Auch in Fragen der Mutterschaft und Erwerbsarbeit gibt es noch einigen Handlungsbedarf. Dieser wurde deutlich gemacht und Anstöße zur Umsetzung der in der Behindertenrechtskonvention anerkannten Rechte gegeben.“

Hier müsste geprüft werden, was in Magdeburg getan werden muss. Darüber könnte Frau Haberland dann auch Auskunft geben.

Weiter sagt Frau Beier, dass die Hilfesysteme oft nicht aufeinander abgestimmt sind.

Herr Pischner sagt dazu, dass bisher noch keine behinderte Frau mit einer solchen Gewalterfahrung in seine Beratung kam. Diese Gewaltfälle kommen leider nicht auf seinen Tisch.

Es folgt eine intensive Diskussion:

- Oft haben Frauen auch Hemmungen sich bei Gewalterlebnissen an einen Mann zu wenden. Vielleicht wäre hier die Unterstützung einer weiblichen Mitarbeiterin notwendig.
- Auch Mobbing ist ein großes Thema.
- Die Probleme behinderter Mädchen und Frauen sind sehr komplex und bedürfen einer extra Behandlung.
- Wenn die Betreuung in Halle so gut läuft, dann müsste das doch in Magdeburg auch möglich sein.
- Integration in den Schulen ist für das Weiterkommen der Kinder sehr wichtig.
- Das Thema „ARGE“ sollte in den Fraktionen noch einmal diskutiert werden (eventuell Interfraktioneller Antrag).
- Die Einrichtung einer Servicestelle bei der LH MD als Informationsstelle für Menschen mit Behinderung wäre sehr sinnvoll.
- Die Vielfältigkeit der Angebote der Träger ist wichtig, weil die Menschen unterschiedliche Bedürfnisse haben. Eine Koordinierungsstelle könnte eingerichtet werden.
- Es wäre möglich einen Antrag an den Stadtrat zu stellen und dem Oberbürgermeister den Auftrag zu erteilen, in Bezug auf den Antrag A0239/08 – „Integriertes Sozialzentrum“, zu prüfen, ob es möglich wäre in der LH MD eine Servicestelle für Behinderte einzurichten.

Herr Brüning sagt:

- Im letzten Jahr wurde das Pflegeweiterentwicklungsgesetz im Bundestag verabschiedet.
- Die Kommunen sind nun gefragt, was anders werden soll.
- Die Beratung muss trägerübergreifend geschehen.
- Es müssen Arbeitsstrukturen für die Sozialarbeiter geschaffen werden, um besser reagieren zu können.
- Heute fand ein erstes Gespräch mit der ARGE statt um herauszufinden, welche Maßnahmen ergriffen werden können, damit die MitarbeiterInnen besser sensibilisiert sind.
- Eine niedrigschwellige Sozialarbeit ist gefragt.
- Ende Mai wird es noch ein Gespräch mit der Geschäftsführung der ARGE geben.
- Im September findet eine Trägerkonferenz statt, um Projektideen zu beraten und zu schauen, ob diese auch umsetzbar sind.
- Dann wird es eine entsprechende Vereinbarung zwischen der LH MD und der ARGE MD geben, um wohnortnah agieren zu können.

Herr Villard fügt hinzu, dass die Pflegekassen zukünftig Casemanagement betreiben sollen. Ob dies neutral möglich ist, bleibt fraglich.

Frau Ponitka sagte, dass bisher, wie schon erwähnt, Frau Haberland koordinierend tätig war. In ihrer „Amtszeit“ gab es 3 Fachtagungen. Eine Ergänzung des Feldes wäre sinnvoll und eine Ansprechpartnerin ist dringend notwendig.

Frau Beier bringt einen Antrag zur Abstimmung ein. Die MitgliederInnen entschließen sich jedoch dazu, Frau Haberland und auch den FB 40 zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen, um diese ganze Thematik noch einmal tiefergehend zu behandeln. Auch die Stellung und Formulierung eines Antrages kann dann zielgerichteter erfolgen.

Die Information I0060/09 wird zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

---

5.2.            Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen stärker als            I0072/09  
                   neue Leistungsform nutzen

---

Zu diesem TOP ist Frau Seidel, Amt 50.3, erschienen. Sie bringt die Information kurz ein:

- Seit dem 01.01.2008 ist der Leistungsanspruch im Gesetz vereinbart.
- Die LH MD versucht das Persönliche Budget (PB) transparent an die Bevölkerung heranzutragen.
- Alle MitarbeiterInnen sind geschult.
- Ein selbstbestimmtes Leben lässt die Betroffenen oft vor der Verantwortung zurück schrecken.
- Bisher wurden 26 Anträge eingereicht. Davon sind 12 Frauen und 14 Männer.
- Der Analyseprozess ist für die Betroffenen ein hoher Zeitfaktor.
- Landesweit ist eine Verbesserung der Angebotsstruktur gewünscht, jedoch stehen dafür keine zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung.
- Bisher wurden nur 2 trägerübergreifende PB in Sachsen-Anhalt ausgestellt. In Magdeburg nicht eins.
- In den Werkstätten allein sind 800 Behinderte beschäftigt.
- Das PB wird minimal in Anspruch genommen.
- Viele Fragen sind weiter offen.
- Die Betroffenen haben oft auch Angst sich auf Neues einzulassen.
- Diejenigen, die das PB bereits in Anspruch nehmen, sind zufrieden damit.

Es wird angeregt diskutiert.

Herr Pischner ergänzt, dass das PB gut gemeint ist, aber leider so wie es jetzt angelegt ist nicht gut durchdacht ist vom Gesetzgeber. Er ist der Meinung, der PARITÄTISCHE sollte Fallbeispiele erfassen und z. B. im Internet veröffentlichen.

Abschließend wird die I0072/09 zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0)

---

5.3.            Fördermittel zur Umsetzung einer neuen sozialen            A0048/09  
                   Unternehmensform

---

Frau Huhn sagt eingangs, dass der FuG-Ausschuss den Antrag A0048/09 gestellt hat, weil es in anderen Städten bereits Sozialkaufhäuser gibt und sich die Frage stellt, warum dies in Magdeburg nicht möglich sein soll.

Herr Klaffehn, Dezernat III, erläutert zunächst eine Definition, was soziale Unternehmen eigentlich sind. Weiter sagt er, dass Fördermittel zur Verfügung stehen müssten und dass es keine gewerbliche Tätigkeit bzw. Einrichtung sein darf. Es wäre eine Art Zwischenlösung zwischen AQB und GISE.

Herr Villard erklärt zum Hintergrund des Sachverhaltes Folgendes:

- Ursprünglich ging es um ein Stadtteilentwicklungsprogramm für Neustädter Feld, um die Erstellung eines Konzeptes.
- Fördermittel für die Einrichtung eines Sozialkaufhauses wären spezifisch in Höhe von 300.000,- EUR bewilligt.
- Es wurde jedoch erkannt, dass im Neustädter Feld eine solche Entwicklung nicht möglich ist.
- Gut situierte Familien siedeln sich dort nicht mehr an und ziehen aus diesem Stadtteil weg.
- Auch wirtschaftliche Unternehmen oder Einrichtungen siedeln sich dort nicht mehr an.
- Es gab dann einen Grundsatzbeschluss, welcher die Vorlage eines Konzeptes vorsieht.
- Die WOBAU würde ein Objekt zur Verfügung stellen und keine Kosten erheben.
- Auch andere Träger haben ihre Unterstützung zugesagt.
- Per Antrag A0208/08/2 wurde nun vom Stadtrat beschlossen, dass der Oberbürgermeister aufgefordert wird, im Maßnahmen-Kosten-Finanzierungsplan Soziale Stadt für das Neustädter Feld im Programmjahr 2011 auf der Grundlage eines zu erarbeitenden Konzeptes eine Summe von 300.000,- EUR zu reservieren mit dem Zweck der Förderung, der Instandsetzung und Einrichtung der leer stehenden Gewerbezeile am Hermann-Bruse-Platz zur Nachnutzung als Sozialkaufhaus.

Die Ausschussmitglieder diskutieren kurz und entscheiden sich dann dafür, den Antrag A0048/09 zurückzuziehen und den Antrag A0208/08/2 empfehlend zu unterstützen (4 / 0 / 0).

5.4.	Wege in die Stadt (vorbehaltlich der Genehmigung der Stellungnahme durch den OB, siehe TOP 5.5)	A0059/09
------	---	----------

---

siehe TOP 5.5

5.5.	Wege in die Stadt - S0115/09 (vorbehaltlich der Genehmigung des OB)	
------	---	--

---

Frau Beier sagt hierzu, dass sie mit der Kinderbeauftragten gesprochen hat und dass es zurzeit leider kein solches Projekt in der LH MD gibt. Somit ist eine Teilnahme in diesem Jahr nicht sinnvoll.

Die AusschussmitgliederInnen empfehlen, dieses Thema für das nächste oder die kommenden Jahre im Auge zu behalten. Dies sollte durch die Kinderbeauftragte geschehen.

Abschließend wird der Antrag empfohlen (4 / 0 / 0) und die Stellungnahme zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

5.6. Weiterentwicklung des Ausländerbeirates zum Integrationsbeirat  
- DS0067/09 (vorbehaltlich der Genehmigung des OB)

---

Zu diesem TOP sind Frau Henning, Frau Trojanowskaja, Herr Brüning und Herr Coulibaly erschienen.

Herr Brüning sagt Folgendes:

- Kürzlich gab es einen Termin im Innenministerium, wo über die Arbeit des Integrationsbeirates gesprochen wurde. Hier besteht ein großes Interesse.
- Der Oberbürgermeister hat die Stelle eines Integrationskoordinators geschaffen.
- Auch die „Ur-MadeburgerInnen“ haben ein starkes Bedürfnis nach Integration.
- Die Strukturen des Ausländerbeirates verändern sich bei der Weiterentwicklung zum Integrationsbeirat.
- Es wird eine Änderung der Hauptsatzung erfolgen und es wird keinen Ausländerbeauftragten mehr geben. Diese Aufgaben wird der Integrationsbeirat übernehmen.
- Die Arbeit des Integrationsbeirates unterscheidet sich deutlich von der bisherigen Arbeit des Ausländerbeirates.
- Der Integrationsbeirat wird z. B. die Sprechstunden des Ausländerbeauftragten mit übernehmen.

Frau Trojanowskaja erhält das Wort. Sie sagt Folgendes:

- Der Ausländerbeirat hat in der jahrelangen Weiterentwicklung bemerkt, dass ihm zu wenig Bedeutung zukommt.
- Deshalb ist die Aufwertung gewollt und es wurde der Vorschlag auf eine Weiterentwicklung zum Integrationsbeirat gemacht.
- Es wurde deutlich, dass Strukturen verändert werden müssen.

Bezüglich der Aufwandsentschädigung von 7,50 EUR stellt sie die Frage, ob eine Anhebung auf 13,- EUR möglich ist.

Herr Brüning antwortet, dass dies noch einmal im Nachgang, nach Beschlussfassung der vorliegenden Drucksache, besprochen oder verhandelt werden kann. Bisher wurde der Betrag aus der alten Hauptsatzung übernommen.

Herr Coulibaly berichtet, dass er gerade von einer Fachkonferenz kommt. Dort wurde ihm zugetragen, dass viele Städte Magdeburg für das bereits auf diesem Arbeitsbereich geschaffte beneiden. Die Beratung der BürgerInnen ist auch in Zukunft abgedeckt. Er könnte sich auch vorstellen, dass es eine Zielvereinbarung zwischen Stadtrat und Integrationsbeirat geben könnte.

Abschließend wird die Drucksache DS0067/09 zur Kenntnis genommen (4 / 0 / 0).

6. Verschiedenes

---



- 6.1. Information durch das Dezernat V, wie die Strukturen zur zukünftigen Arbeit für Integration und Migration in der LH MD geregelt sind.
- 

Dieser TOP wurde mit dem TOP 5.6 zusammengefasst behandelt.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dagmar Huhn  
Vorsitzende

Yvonne Uhlemann  
Schriftführerin